

Volks-Zeitung

„Das Schicksal Wirths ist das Schicksal Europas“.

Eine warnende Rede Schiffers in Remscheid.

Remscheid, 25. Juli.

Reichsjustizminister Schiffers hielt am 23. Juli im Remscheid eine Rede über die politische Lage, in der er sich über die Stellung des Kabinetts Wirth folgendermaßen äußerte: Der Reichskanzler hat vor einigen Tagen in einer Auseinandersetzung dargelegt, daß der Sturz des Kabinetts die Drohe, wenn die Regierung in der Ausübung der Funktionen und in der obersteinsten Frage mit festen Händen vor den Reichstag treten müßte. Diese Erklärung ist teilweise so aufgehört worden, als wenn er und die Mitglieder seines Kabinetts für die Person nicht geneigt seien, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte weiter zu tragen. Diese Auffassung wird den Verantwortlichen nicht gerecht. Die Mächte der Güterwelt müssen sich darüber klar sein, daß der Sturz des Kabinetts Wirth mehr bedeutet als einen bloßen Personwechsel.

wenn dieses Kabinetts von der Macht der Ereignisse hinweggerafft wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung möglich macht.

Was soll dann kommen? Ein Kabinetts der Rechten? Das würde in kürzester Zeit befeitigt sein. Ein Kabinetts der Linken? Das würde das gleiche Schicksal haben. Die Auffassung der Männer ist, daß es eine Verfassung der Rechts- und Linksparteien und eine Herrschaft der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos. Es wäre keine Mehrheit da, die die ruhige Einwirkung und den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau gewährleisten. Darum hängt von dem Schicksal des Kabinetts Wirth das Schicksal Deutschlands ab; nicht um der Männer willen, sondern um der Art der Zusammenfassung willen. Es hängt — darüber kann gar kein Zweifel sein — weiter das Schicksal Europas, das Schicksal der Welt davon ab. Aus diesem Grund sind wir alle vernünftigen Menschen entsetzt. Ich weiß wohl, daß den Mitgliedern der Güterwelt vielfach andere Auffassungen herrschen, daß man sich höhere Leistungen zutraut als wir jetzt für möglich halten. Unsere scheinbare wirtschaftliche Blüte beruht auf unrunder fallender Basis, und der Zusammenbruch, der erfolgen kann, würde kühnlicher und blühender eintreten als der Zusammenbruch vor drei Jahren, der nicht bloß vielen von uns, sondern auch den Feinden ganz überraschend kam. Genau daselbst kann sich wieder ereignen.

ganz wichtig ist in drei Jahren mühsam angelegte Gebäude zusammenbrechen und das Reich unter seinen Trümmern begraben, und mit diesem Reich wird das wirtschaftliche Leben Europas vernichtet. So fürchterlich ernst ist die Situation. Es hängt von der Entscheidung der Güterwelt ab. Noch aber brauchen wir nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, daß Gerechtigkeit und Vernunft siegen über eine Politik, die darauf berechnet ist, Deutschland zu erbleiben.

Vertrauensvotum für Bonomi.

Die römische Kammerdebatte.

Rom, 23. Juli. (Telef.)

In der Kammer erklärte Bonomi bei der Diskussion über die Regierungserklärung, die Frage der Unabhängigkeit und Freiheit in uns sei gelöst. Bezüglich des Montenegro-Vertrages erklärte er, wenn die Mehrheit des montenegrinischen Volkes sich an einen internationalen Kongress wenden werde, so werde Italien sich an der Prüfung der Frage mit seinem herkömmlichen Gerechtigkeitsgefühl beteiligen.

Nachdem Bonomi bezüglich der Zwischenfälle zwischen Italien und Kommunisten erklärt hatte, daß die Regierung sich entschlossen sei, die Freiheit aller Parteien zu sichern und dem Gesetz Gehorsam zu verschaffen, leitete er die Vertrauensfrage. Die Kammer nahm in einstimmiger Abstimmung mit 302 gegen 138 Stimmen eine Vertrauensabstimmung an, die der Regierung Vertrauen ausdrückt. Gegen die Tagesordnung stimmten nur die Sozialisten, Faschisten, Kommunisten sowie einzelne Republikaner.

Lloyd Georges irische Vorschläge.

Eine Fassung.

London, 23. Juli. (E. G.)

Es verlautet, daß nach den Vorschlägen Lloyd Georges an die Stimmgabe der 26 südlichen Distrikte von Irland ein eigenes Parlament, nach dem Willen des australischen, erhalten sollten. Dieser würde das Parlament, das es gegenwärtig besitzt, behalten. Lloyd Georges würde das Parlament, die den Namen Irlands eine dritte Verfassung, die den Namen Oberhaupt von Irland führen sollte, und durch Kabinettsabstimmung von Nord- und Südland gewählt würde. Ganz Irland würde an das britische Reich in gleicher Weise wie Kanada, Neuseeland, Australien und Südafrika angegeschlossen werden.

Die Grafen Marfawicz wurde gestern aus dem Gefängnis von Kowno in Dublin, in dem sie seit Monaten gelassen waren, entlassen. Sie war vor 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie ein irisches Aushebungsunternehmen geleitet hatte. Sie ist Arbeitsministerin in der „Dail Eireann“.

Auf dem Wege zum Kompromiß?

Berhandlungen Bertelots mit dem englischen Botschafter in London. — Die Auffassung in England.

Paris, 25. Juli.

Die „Petit Parisien“ berichtet, daß die französische Regierung dem französischen Botschafter in London neue Instruktionen erteilt. Im Laufe des Sonntags hatte Generalleutnant Philippe Bertelot zweimal den Besuch des englischen Geschäftsträgers Chatham empfangen. Das Blatt glaubt, daß über die Frage der nach Oberstleuten zu entscheidenden Verkürzungen gesprochen wurde, da die Frage durch die deutsche Note eine neue Wendung genommen habe. Der französische Botschafter in London habe ebenfalls nochmals darauf gedrungen, die englische Regierung möge ihre Zustimmung zur Entsendung von Truppenverkürzungen geben, damit die deutsche Regierung bewiesen werden könne, entgegen dem, was sie zu glauben scheine, entgegen dem, was sie zu glauben scheine. Es sei auch zweifellos, daß im Laufe der Unterredungen zwischen dem englischen Geschäftsträger und Philippe Bertelot, der Versuch gemacht worden sei, durch gegenseitige Konzessionen eine Grundlage der Verständigung zu finden. Würde England die sofortige Entsendung französischer Verkürzungen annehmen, wenn Frankreich sein Verlangen nach sofortiger Einberufung des Sachverständigenausschusses auf den 4. oder 5. August Zustimmung?

Vorkonferenz zugelassen wird. Würde einem solchen Antrag stattgegeben werden, dann wäre der Rück zum anderen Note zum Gärtner bestellt. Es ist jedoch fraglich, ob England und Italien ihre Hand zu einem derartigen — den Deutschen Oberstleuten ins Gesicht schlagenden — Plan bieten würden.

Die feste Haltung Englands.

Die englische Presse zur deutschen Antwort auf das französische Transportverlangen.

London, 25. Juli.

Der Parlamentskorrespondent des „Daily Express“ will erfahren haben, daß eine neue Mitteilung der britischen Regierung an Frankreich bezüglich Oberstleuten unterwegs ist. Die englische Regierung bleibt bei ihrem ursprünglichen Standpunkt. Oberstleuten werde vorgeschlagen, in der nächsten Woche eine Zusammenkunft des Obersten Rates abzuhalten. Lord George sei bereit, nach Paris zu gehen. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Irland die Gefahr in Oberstleuten über'schätze. Geht aber, die französischen Besorgnisse wären begründet, so ist die englische Regierung dafür, daß die Gefahr am besten durch eine gemeinsame Aktion durch den Obersten Rat befeitigt werden würde.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel: Bis jetzt ist keine Entscheidung bezüglich der Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen worden. Inzwischen hat Deutschland das französische Note beantwortet und erklärt, daß das Recht zur Überführung von Truppen nur zustehen werden könne, wenn ein gemeinsames Einverständnis der Hauptmächte, die mit der Entscheidung der Oberstleuten betreffenden Bestimmungen des Vertrag von Versailles betraut sind, vorliegt. Diese Behauptung, so es zweifellos ist, ist ein wenig, daß es Deutschland gestattet ist, die Verhandlungen, erheime aus juristischen Gesichtspunkten. Weder Großbritannien noch Italien sind bereit, mehr Truppen nach Oberstleuten zu senden. Obgleich wenig haben beide — wie wir glauben — einen besonderen bringenden Wunsch, daß die Franzosen es tun, aber letzterer Beziehung sind ihre Einwendungen nicht grundlos. Wir glauben, daß sie beiseite gestellt werden würden, wenn Frankreich seinerseits sich bereit zeigte, ein vernünftiges Zugeständnis an die Wünsche seiner Alliierten zu machen und die Zusammenkunft des Obersten Rates zu beschleunigen. Wir sind nicht geneigt zu glauben, daß tatsächlich — wie Berichte melden — ein neues französisch-polnisches Geheimabkommen geschlossen worden ist, aber wir sind sicher, daß, wenn der Oberste Rat nicht binnen kurzem zusammentritt, die Verwirrung immer größer werden wird und vielleicht der Entschlossenheit eines lebensgefährlichen Schlag einbringen wird. „Times“ schreiben in einem Leitartikel: Wir hören, daß die Franzosen nicht unbedingt gegen den baldigen Zusammenkunft des Obersten Rates sind, wenn die Regierung in unverzüglicher Absicht von Verhandlungen in der Zusammenkunft zustimmen. „Times“ fügt hinzu, die unverschämte Antwort zu fassen. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt: Es ist so gut wie sicher, daß vor dem Zusammentritt des Obersten Rates keine weitere kritischen Truppen nach dem besetzten Gebiet entsandt werden.

Korfanths diplomatische Wendung.

Paris, 25. Juli. (E. G.)

Der gegenwärtig in Paris weilende Berliner Vertreter des „Echo de Paris“, Charles Bonfret, hatte eine Unterredung mit Korfanth und versucht zu erklären, warum dieser nach Paris gekommen sei, wo er noch eine Woche zu verbleiben gedenke. Man habe angenommen, daß er für die Abwendung der französischen Division nach Oberstleuten ein- greifen sollte. Das sei falsch. Andere nähmen an, daß er sich mit der polnischen Regierung in zweifelsfrei verbindliche und irgendeiner persönlichen Politik zum Siege verhelfen möchte. Auch das sei unrichtig. Korfanth reiste nach Paris, als er glaubte, der Augenblick sei einer entscheidenden Entscheidung des Obersten Rates über Oberstleuten gekommen, und er glaubte, als Sachverständiger in dieser Angelegenheit herbeizuziehen zu werden. Der Ausschuss der Sitzung des Obersten Rates bedauerte Korfanth, weil auch die Polen wünschten, daß endlich eine Entscheidung über Oberstleuten getroffen werde. Mit leichten Abwechslungen wurde Korfanth der Frage, wie er sich verhalten werde, wenn die polnische Regierung die Forderung, die polnische Armee nach Osten zu verlegen, ablehnen würde, befragt. Korfanth antwortete, daß er sich nicht über die polnische Regierung äußern würde, da er sonst Unruhe zu verbreiten würde.

Es muß abgelehnt werden, ob Herr Korfanth tatsächlich als Sachverständiger zu der allerdings noch fraglichen

Die polnische Grenze noch immer offen.

Die scharfe Kontrolle der Engländer.

Coppen, 24. Juli.

Aus den Kreisen Deutschens und Zarowitz wird übereinstimmend berichtet, daß die dort eingetroffenen englischen Truppen mit allem Ernst an die Erhaltung der polnischen Sicherheit herangehen und auch die Abgrenzung der polnischen Grenze durchzuführen werden. Die Entschloffenheit der Engländer, daß die einzelnen Ortschaften von englischen Truppen besetzt werden und die Durchführungen hiervon von dem in Haus erhaltene Gemeinwesen wird von Tag zu Tag besser, so daß die in die Stadt entlassenen Deutschen ohne Gefahr für Leib und Leben in jene Dörfer zurückkehren können. Auf dem polnischen Gebiet haben englische Truppen die Abwehr übernommen und führen auch hier eine scharfe Kontrolle. So geht das englische und anhaltende Vorgehen der Engländer, daß die Engländer allein die Durchführungen Oberstleuten zur vollkommene Sicherheit nicht durchzuführen vermögen. In dem ganzen von den Franzosen besetzten Gebiet von Zarowitz nach Zarowitz ist die polnische Grenze durch die Engländer besetzt. An den verschiedenen Grenzübergängen werden polnische Postboten den sogenannten Sicherheitsdienst, das heißt, sie lassen die Polen herein und hinüber, kurz, die ganze Lage ist hier dieselbe, wenn auch nicht so günstig, als vor dem Rückzug des letzten Aufstandes. In den Orten der französischen

Stelle herrschen vollkommen die in den verschiedensten Bereichen gehend polnischen Bevölkerung. Überall befinden sich die polnischen Postboten. Nirgends werden die von der internationalen Kommission befohlenen postalfachen Gemeinwesen durchgehends die wichtigsten, unmittelbar vom Industriegebiet nach Polen führenden Kreise sind in französischer Hand.

Der Korrespondent der „Londan Times“ schreibt: Die Sendung der französischen Besatzungstruppen in Oberstleuten ist durch aus propagierend, die Entsendung weiterer Truppen werde die Lage verschlimmern und Polen zu einer Haltung ermutigen, die zum Abschluß führen könne. Neue Unruhen in Oberstleuten würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen; ein Ereignis, das bei der gegenwärtigen Lage katastrophale Folgen haben würde. Wenn Truppen entsandt werden sollen, dann müßten es ebenfalls englische sein, aber englische Truppen würden nicht entsandt werden, bevor der Oberste Rat zusammengetreten ist.

Ein englisches Belgien-Memorandum. „Daily Chronicle“ erklärt, daß in antiken Kreisen von einem englischen Memorandum der britischen Kommandant der Belgien nicht bekannt ist. Der Zusammenkunft Mittelamerika. E. G. meldet Washington: Zwischen den fünf zentralamerikanischen Staaten Panama, San Salvador, Costa Rica, El